Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Inneres (6. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der SPD

— Drucksache IV/1816 —

betr. Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten des Bundes

A. Bericht des Abgeordneten Wagner

Der Antrag der Fraktion der SPD vom 9. Januar 1964 wurde in der 116. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 1964 in erster Beratung dem Ausschuß für Inneres zugewiesen. Der Ausschuß hat den Antrag am 5. März 1964 abschließend behandelt.

In der Sache war der Antrag der Fraktion der SPD für erledigt zu erklären, da die Bundesregierung am 19. Februar 1964 beschlossen hat, die Arbeitszeit auch für die Beamten des Bundes ab 1. April 1964 von 45 auf 44 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

Der in dem Antrag der Fraktion der SPD dazu geforderte Gesetzentwurf über die Neuregelung der Arbeitszeit ist nicht erforderlich. § 72 Abs. 4 des Bundesbeamtengesetzes gibt die Möglichkeit, die Arbeitszeit der Beamten durch Rechtsverordnung zu regeln. Diese Verordnung über die Arbeitszeit der Bundesbeamten vom 15. Juni 1954, zuletzt geändert am 25. März 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 166), wird mit Wirkung vom 1. April 1954 entsprechend geändert.

Bonn, den 17. März 1964

Wagner

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache IV/1816 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 17, März 1964

Der Ausschuß für Inneres

Schmitt-Vockenhausen

Wagner

Vorsitzender

Berichterstatter